

EUROPAWAHL - 13. JUNI 2004

Deutschland kann mehr.

GROßVERANSTALTUNGEN MIT

Merkel und Kohl



Podium v.l.n.r.: Hildegard Bentele, Marco Hardt, Nicolas Zimmer, Roland Gewalt, Regina Freese-Rieck, Gerhard Lawrentz, Joachim Zeller, Angela Merkel, Ingo Schmitt, Marion Berning, Hans-Gert Pöttering

Besser für die Menschen.



Motivation und Information hat die Berlin auf zwei Großveranstaltungen zur Europawahl geboten.

Ende Mai feierte die Hauptstadt-Union auf dem Wittenbergplatz ein Europafest, das am Abend mit einer Kundgebung mit Dr. Angela Merkel abgeschlossen wurde. Doch schon auf dem Straßenfest gab es neben verschiedenen europäischen Speisen Informationen satt. Im Wechsel mit Live-Musik nahmen die Kandidaten der Berliner CDU im lockeren Gespräch mit Moderator Frank Henkel Stellung zur Europapolitik. Bei der anschließenden Kundgebung mit der CDU-Bundesvorsitzenden sprachen außerdem noch der Spitzenkandidat der CDU Deutschlands für die Europawahl, der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament,

Hans-Gert Pöttering, und der Berliner Spitzenkandidat und Europaabgeordnete, Ingo Schmitt, sowie der CDU-Landesvorsitzende Joachim Zeller. Sie alle sind sich einig. Es ist wichtig zur Europawahl zu gehen. Daraus, dass dabei im Interesse Deutschlands und Berlins am besten CDU gewählt werden sollte, machten die Redner allerdings auch kein Geheimnis. Angela Merkel hob hervor, dass angesichts der vielen Kompetenzen der EU-Kommission, also sozusagen der europäischen Regierung, eine wirksame Kontrolle durch das EU-Parlament notwendig sei. Die Fraktion der Europäischen Volksparteien (Christdemokraten) und europäischer Demokraten solle nach 1999 zum zweiten Mal stärkste Kraft im Europaparlament werden, unterstrich sie. Am vergange-

nen Mittwoch sprach dann der Grandseigneur der deutschen Europapolitik, Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Vor gut anderthalb tausend Zuhörern beschrieb er auf dem Kranoldplatz in Lichterfelde die einmalige historische Bedeutung der europäischen Einigung. Die jetzige Erweiterung der Europäischen Union, so Kohl, komme nun einer „Zeitenwende“ in der Politik, „vielleicht sogar in der Geschichte“ gleich. Zum ersten Mal überhaupt existiere Deutschland „in gesicherten Grenzen“. Gerade die jungen Leute würden erleben, „dass die Last der Geschichte sie nicht erdrücken muss“. Das europäische Haus sei nun im Rohbau fertig, sagte er. Nun komme es darauf an, es so auszubauen, dass die Bewohner den nötigen Platz hätten. Kohl betonte die Wichtigkeit von

Visionen in der Politik und betonte, dass „die Idealisten die eigentlichen Realisten“ seien.

Am 13. Juni zu den Wahlen zu gehen – und CDU zu wählen – betonte auch er. (dr)



Foto: Reitze

Wahlaufruf per Bierdeckel

Mit einer außergewöhnlichen Aktion startet der Spitzenkandidat der Berliner CDU für die Wahl zum Europäischen Parlament, Ingo Schmitt, in die Schlussphase des Europawahlkampfes.

Ohne Parteiwerbung ruft der Berliner Europaabgeordnete auf Bierdeckeln zur Teilnahme an der Europawahl am 13. Juni auf. Über 150 Berliner Gaststätten beteiligen sich an der Aktion und werden die Bierdeckel in den letzten Wochen vor



Foto: Wambach

Im Ristorante „Al Mulino“, Ingo Schmitt, Francesco Scelsi, Joachim Zeller

ihren Gästen unter Getränk legen. Ingo Schmitt: „Europa geht uns alle an. Und ich möchte auf diese Weise nochmals zur Wahl aufrufen und zur Stimmabgabe für das Europaparlament motivieren.“ (mw)

dem Wahltermin

CDU-EUROPAKANDIDAT INGO SCHMITT: Sicherheit muss Vorrang haben



Foto: Reitze

Frank Henkel und CDU-Europakandidat Ingo Schmitt

Nummehr konnte die Union den Großteil ihrer Positionen im Ringen um einen Zuwanderungskompromiss durchsetzen. Denn die rot-grüne Bundesregierung hat endlich eingesehen, dass Sicherheitsfragen zu einem modernen Zuwanderungsgesetz zwingend dazu gehören. Terrorverdächtige Ausländer sollen künftig aufgrund einer tatsächengestützten Gefahrenprognose ausgewiesen werden können. Vor der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis und einer Einbürgerung wird es eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz geben. Vorstrafen aus dem Ausland müssen Zuwanderer angeben. Für sogenannte Hassprediger, die öffentlich zur Gewalt aufrufen, wird es eine Ermessensausweisung geben. Auch Schleuser sollen künftig leichter ausgewie-

sen werden können. Schließlich werden gefährliche Ausländer, die nicht in ihr Heimatland zurückgeschickt werden können, durch Meldeauflagen, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Kommunikationsverbote strikt überwacht. In diesem Sinne gilt es, auch auf europäischer Ebene fortzufahren. So hat das Europäische Parlament vor Vorschlag der EVP-Fraktion bereits im Januar 2004 die Einrichtung eines Europäischen Grenzschutzkorps gefordert. Dies bedeutet unter anderem den Aufbau einer gemeinsamen und effektiven Außengrenzsicherung. Fälschungssichere Dokumente unter Einbeziehung biometrischer Daten für Visa, Aufenthaltstitel und Reisepässe müssen europaweit eingeführt werden.

von Ingo Schmitt

Am 13. Juni
CDU wählen!